

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Grenzüberschreitende Kriminalität

Fragwürdige Patente

Die Last der Griechen

Rechtsschutz für faire Wahlen

Geißelung und Spardiktate



Aktion Rote Hand

Illustration: Konstantin Brückner



DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Inhalt

Bundestagsreport 03 / 2012 der Landesgruppe Brandenburg

Aktion Rote Hand im Bundestag.....	Seite 04
von Diana Golze	
Albtraum Grenzkriminalität - was tut der Bund?.....	Seite 06
von Sabine Stüber	
Keine Patente auf Leben!.....	Seite 08
von Dr. Kirsten Tackmann	
Generalstreik in Griechenland verdient unseren Respekt	Seite 10
von Wolfgang Nešković	
LINKE will Rechtsschutz für faire Wahlen	Seite 12
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Fiskalvertrag stoppen, Sozialstaat und Demokratie verteidigen.....	Seite 14
von Thomas Nord	
Pressemitteilungen.....	Seite 16
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 22
Reden.....	Seite 26
Kontakt	Seite 27
Impressum	Seite 28



Aktion Rote Hand im Bundestag

von
Diana Golze



Ein ungewohntes Bild im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, dem Haus, das in den Sitzungswochen Schauplatz der Fachausschussberatung ist: Zwischen den Abgeordneten und Pressevertretern tummeln sich Kinder und Jugendliche mit T-Shirts, auf denen eine ausgestreckte rote Hand zu sehen ist. Wie bewegliche Stoppschilder wirken die jungen Besucher damit und genau das ist auch ihr Ziel. Seit 2002 findet jährlich am 12. Februar der Red Hand Day statt, welcher die weltweite Aufmerksamkeit auf die Situation von Kindersoldaten lenkt. In diesem Jahr wurde der Bundestag erstmals durch eine Anfrage an die Kinderkommission Teil der Aktion.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind weltweit 250.000 Kindersoldaten im Einsatz. Das heißt für das Leben dieser Kinder, in tödliche Kämpfe geschickt zu werden und oftmals Sklavendienste zu leisten. Nicht selten werden sie Opfer sexueller Gewalt. Das, was diesen Kindern seelisch angetan wird, findet in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig Aufmerksamkeit, auch in Deutschland. Nachwievor sind viele der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ehemalige Kindersoldaten, die durch Flucht versuchen, diesem Schicksal zu entkommen. Genau diese Minderjährigen brauchen einen besonderen Schutz und spezielle Betreuung und medizinische sowie psychologische Hilfe. Doch nicht selten werden sie schon an den Grenzen oder auf den Flughäfen abgefangen und sofort wieder abgeschoben, in Sammelunterkünfte gestopft – von

Kind gerechter Behandlung und besonderer Unterstützung kann auch in Deutschland keine Rede sein.

Dabei hat die Bundesregierung durch die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention auch dies als Aufgabe anerkannt – allein es fehlt noch immer an der Umsetzung. Auch aus diesem Grund war die Begeisterung Mut machend, die sich in den Gesprächen am Stand der Kinderkommission, vor allem aber in den Runden mit einzelnen Gruppen der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen widerspiegelte. Wir kamen schnell über die Kindersoldaten zum Thema Waffenexporte in Kriegsgebiete und dass diese verboten werden müssen. Dazu, dass Deutschland einer der großen Waffenexporteure ist. Einmal bei Deutschland angekommen, war schnell angesprochen, wo hier die Probleme aus Sicht der Kinder liegen.

So ist eine zentrale Forderung des hinter der Aktion stehenden Bündnisses, dass kein Kind unter 18 Jahren in Armeen eingesetzt oder geschult werden darf – auch nicht ohne Waffen und unabhängig davon, ob es unfreiwillig oder „freiwillig“ geschieht. Keine Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr. KEINE Werbung der Bundeswehr, die sich z. B. an Schulen gezielt an Minderjährige richtet. Stattdessen soll laut dem Forderungskatalog Friedenserziehung verbindlich in den Lehrplänen aufgenommen werden. Ziele, in denen sie DIE LINKE unterstützt und zwar in jedem einzelnen Punkt. Kinder sind keine Soldaten!

Albtraum Grenzkriminalität

- was tut der Bund?



Foto: larsen_pixello.de

von Sabine Stüber

Nicht nur die zunehmende Zahl der Diebstähle, auch die Dreistigkeit mit der die Diebesbanden vorgehen, ist längst zum Albtraum für die Menschen entlang der Oder geworden.

Diebstähle von Fahrzeugen, insbesondere von Land-, Forst- und Baumaschinen, Fahrzeugteilen sowie Dieselkraftstoff aus den Maschinen, nehmen beständig zu, die Aufklärungsrate dagegen ab. Was für ein Dilemma für jeden Betroffenen, aber vor allem für die meist mittelständigen Betriebe, deren Existenz bedroht ist und damit auch nicht wenige der ohnehin knappen Arbeitsplätze in der Region. Eine Gruppe von 92 Unternehmern aus der Uckermark, deren Firmen durch die unverfrorenen Diebstähle teilweise an den Rand der Pleite getrieben werden, haben sich gemeinsam, man kann schon sagen in ihrer Verzweiflung, mit einer Petition an den Landtag und direkt an Ministerpräsident Matthias Platzeck gewandt. Seit dem wird das Problem der Grenzkriminalität in seiner vollen Tragweite nicht nur in Brandenburg, sondern auch bundesweit öffentlich wahrgenommen.

Auf meine parlamentarische Anfrage, was die Bundespolizei unternimmt, um Bevölkerung und Unternehmen vor der grenzüberschreitenden Kriminalität zu schützen, fiel die Antwort der Bundesregierung allerdings sehr dürftig aus. Auch gegenüber der Presse beharrte Bundesinnenminister Friedrich vor wenigen Tagen weiterhin darauf, dass in erster Linie die betroffenen Bundesländer selbst in der Pflicht ständen. Hoffnungen, die Bundespolizei könne wesentlich stärker gegen die Grenzkriminalität eingesetzt werden, erteilte er eine Abfuhr.

Unterdessen rollt der Stein, den die Uckermärker angestoßen haben, zumindest in Brandenburg. Der Ministerpräsident wirbt für eine Partnerschaft zwischen Polizei und Unternehmern und erklärte auf einer ersten Regionalkonferenz in Prenzlau den „Kampf gegen die Diebstähle“ zur Chefsache. Von den Brandenburger vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei sind drei für das nächste viertel Jahr entlang der Grenze zusätzlich im Einsatz.

Die Menschen hier an der Grenze haben den gleichen Anspruch auf Sicherheit wie in anderen

Landesteilen und die überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung müssen sie auch nicht auf Dauer hinnehmen, so der Leiter der Polizeidirektion Ost.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP-Bundespolizei) fordert ein langfristiges Konzept aller Behörden zur Bekämpfung der Kriminalität im Grenzraum zu Polen.

Das Land Brandenburg hat um stärkere Unterstützung als bisher beim Innenministerium nachgesucht. Der Bundesinnenminister allerdings meint, dass die Bundespolizei nur punktuell unterstützen, nicht aber längerfristig Strukturdefizite der Länder ausgleichen könne. Das gäbe auch der gesetzliche Auftrag der Bundespolizei nicht her. Oh, Oh Herr Minister, wenn er sich da mal nicht täuscht...

Der gesetzliche Auftrag der Bundespolizei gibt eine Menge mehr her. Schon der erste Blick auf die Internetseite des Bundesinnenministeriums vermittelt diesen Eindruck. Da heißt es: „Innere Sicherheit und Grenzsicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Die Bundespolizei leistet an den Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland damit einen wesentlichen Beitrag für die innere Sicherheit.“ Im weiteren wird die Grenzkriminalität als Kehrseite der begrüßenswerten Grenzöffnung beschrieben, vor deren Hintergrund die Aufgaben der Bundespolizei immer wichtiger werden und und und ...

Das sehen wir genauso und werden mit den möglichen parlamentarischen Mitteln von Bundesinnenminister Friedrich einfordern, was eindeutig der gesetzliche Auftrag der Bundespolizei ist: Sicherung des nationalstaatlichen Grenzgebiets auch vor Grenzkriminalität.

Entwicklung der Schadens- und Aufklärungsrate in den Brandenburger Grenzgemeinden

Jahr	Schaden	Aufklärungsrate
2009	7,7 Mio. €	33,4%
2010	10,9 Mio. €	31,7%
2011*	8,8 Mio. €	29,8%

*bis Oktober

Keine Patente auf Leben!



von Dr. Kirsten Tackmann

Foto: Anja Stahl_pixello.de

Darf man Tiere, Pflanzen oder sogar Menschen patentieren? Was ist erlaubt, was ethisch verantwortbar? Mit diesen Fragen beschäftigten sich AgrarpolitikerInnen aller fünf Fraktionen des Bundestages seit eineinhalb Jahren. Im intensiven Dialog erarbeiteten sie einen gemeinsamen Antrag, der diese Woche einstimmig beschlossen wurde. Doch im letzten Moment schlossen die Kalten Krieger der Unionsfraktion die Linksfraktion von der Antragstellung aus. Zugestimmt haben wir dem Antrag trotzdem. Wir legten aber zur Debatte den eigenen Antrag 17/8584 „Keine Patente auf Leben“ dazu, in dem wir unsere weiter gehende Ablehnung klarstellen.

Um was geht es?

Mit einem Patent wird der ErfinderIn für eine bestimmte Zeit ein alleiniges Recht zur Nutzung und Vermarktung gegeben. Ohne Erlaubnis dürfen Dritte die Erfindung nicht nutzen oder müssen eine Gebühr zahlen. Was im unbelebten Bereich ggf. noch Sinnvoll ist, verbietet sich aus unserer Sicht bei Lebewesen. Gene können entdeckt, beschrieben und bewundert, dürfen aber nicht als angebliche Erfindungen privatisiert werden. Leider werden solche Patente aber zugelassen, bei Gentech-Tieren und Labor-Pflanzen bereits seit den 90er Jahren. Immer öfter gibt es auch Patente auf normale Zuchtverfahren. Kritisiert wird zudem die große Reichweite über die gesamte Produktionskette von der Pflanze / dem Tier bis zu den Nachkommen bzw. Produkten.

Ein Expertengremium des Bundesagrarministeriums hat bereits 2010 die möglichen negativen Folgen der so genannten Biopatente benannt. Die Konsequenzen der

möglichen Patentierung herkömmlicher Zuchtverfahren für die Landwirtschaft seien nur schwer absehbar, schrieb der Wissenschaftliche Beirat. Die Reichweite der aus einem Verfahrenspatent abgeleiteten Ansprüche auf die unmittelbaren Erzeugnisse sei erheblich. Dies betreffe möglicherweise auch die Folgegenerationen. Allein die Möglichkeit, dass klassische Zuchtverfahren patentiert werden können, Sorge für erhebliche Verunsicherung in der Landwirtschaft. Das kann ich bestätigen. Kaum ein Thema treibt LandwirtInnen aktuell so die Zornesröte ins Gesicht, wie der Griff der Agrarkonzerne nach ihren agrarwirtschaftlichen Grundlagen. Die Kritik an Biopatenten reicht vom konservativen Bauernverband bis zu UmweltschützerInnen.

Streit um die Melone

Ganz aktuell gibt es einen Obst-Patent-Streit. Der Agrarmulti Monsanto will das Erbgut einer Melone patentieren. Dagegen wurde Einspruch beim Europäischen Patentamt eingelegt, teilten die Naturschutzorganisation Greenpeace sowie der europäische Zusammenschluss „No Patents on Seeds“ mit. Die als „neu“ definierte Eigenschaft der Frucht sei durch eine natürliche Gensequenz verursacht, die durch konventionelle Zucht in die Melone gelangt sei. Das sei nach europäischem Recht nicht als Erfindung patentierbar. Um solche Patente zu verhindern, brauchen wir Rechtssicherheit. Der Antrag der LINKEN würde sie herstellen.

Den interfraktioneller Antrag finden Sie:

[HIER](#)

Den Antrag der LINKEN finden Sie: [HIER](#)

Generalstreik in Griechenland verdient unseren Respekt

von Wolfgang Nešković



Illustration: Konstantin Brückner (c)

In dieser Woche haben die großen Gewerkschaften in Griechenland zum Generalstreik aufgerufen. Erneut sind zehntausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diesem Aufruf nachgekommen. Sie sind auf die Straße gegangen und haben damit deutlich gemacht, dass weitere Kürzungen und Lohnsenkungen mit ihnen nicht mehr zu machen sind. Sie haben Recht. Seit zwei Jahren wird Griechenland durch eine wahnwitzige Politik des Sparens geradewegs in die Pleite getrieben. Seit zwei Jahren schon werden die Folgen der Krise den Steuerzahlern aufgebürdet, während die privaten Gläubiger um jeden Preis geschont werden. Gegen diese Politik sollte nicht nur in Griechenland Widerstand geleistet werden.

Erinnern wir uns: Es waren Steuergelder, also unser Geld, dass die Geberstaaten der Europäischen Zentralbank (EZB) überließen. Die EZB lieh dieses Geld an private Banken zu 1 % aus. Die gaben es dann dem griechischen Staat zu üppigen 8 % weiter. Die Differenz ist leicht verdientes Geld für die privaten Banken. Bereits seit Jahren werden die Banken durch diese Methode der Staatsfinanzierung mit Milliarden von Euro „beschenkt“. Um diese völlig absurde Verschiebung von Steuergeldern in die Taschen der Banker zu beenden, muss die Staatsfinanzierung endlich aus ihrer Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit werden. Diese Entkoppelung von der Privatwirtschaft würde durch die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Bank erreicht, die zukünftig an Staaten Kredite unter Auflagen gewähren könnte. Dies würde der milliarden-schweren Alimentierung des Finanzsektors mit Steuergeldern ein Ende bereitet.

Doch anstatt die Staatsfinanzierung in der angesprochenen Weise zu reformieren und die Probleme damit an der Wurzel anzupacken, sollen die privaten Gläubiger Griechenlands, die an ihren Staatsanleihen inzwischen gut verdient haben, voraussichtlich auch weiter „geschont“ werden. Die Profiteure des Kasino-Kapitalismus, die Milliarden mit ihren Spekulationen gegen Griechenland verdient haben, rufen in dem Moment den Staat zu Hilfe, in dem die von ihnen selbst erwarteten Risiken auch wirklich eintreten. Anstatt einen harten Schuldenschnitt zu beschließen und die Gläubiger zur Verantwortung zu ziehen, wird eine freiwillige Gläubigerbeteiligung diskutiert – als würde der Verlierer einer Wette nach dem Verlust seinen Einsatz neu verhandeln dürfen.

Es droht ein Europa, in dem ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die niedrigsten Renten herrscht. Diesem Europa eine andere Vision entgegenzustellen, ist die Aufgabe der LINKEN. Ein Vision von einem Europa, in dem kurzfristig massive Investitionsprogramme aufgelegt werden, um die Krise zu bekämpfen. Diese Hilfsprogramme sollten auch dazu genutzt werden, langfristig den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft herbei zu führen.

Der Generalstreik und die Demonstrationen der griechischen Gewerkschaften richten sich daher nicht nur gegen die Zerstörung der griechischen Gesellschaft. Der Widerstand hat eine größere Dimension, die alle Europäer betrifft. Nur durch starke Proteste und Demonstrationen kann die Zerstörung der Demokratie und des Sozialstaats in Europa noch aufgehalten werden. Dass die Griechen nun den Anfang machen, verdient unseren größten Respekt und unsere Unterstützung.

von Dr. Dagmar Enkelmann

LINKE will Rechtsschutz für faire Wahlen

Nicht nur die Frage, ob die Beobachtung linker Politikerinnen und Politiker verfassungskonform ist, steht in Karlsruhe zur Entscheidung an. Im Frühsommer 2012 will das Bundesverfassungsgericht auch über die schwarz-gelbe Wahlrechtsreform entscheiden.

Bei dieser hatte die Regierung selbstherrlich die bisherige demokratische Praxis verlassen, das Wahlrecht nur im Konsens zu entscheiden. Die Union wollte offenbar eigene Vorteile, die sich aus ihren Überhangmandaten ergeben, nicht verlieren. Der FDP sollte per Wahlrecht Schützenhilfe gegeben werden.

Die Folge: Die Forderung der Verfassungsrichter, jede Stimme müsse der Partei zugute kommen, für die der Wähler sie abgegeben hat, wurde nicht erfüllt. Nach wie vor kann es ein „negatives Stimmgewicht“ geben. Das ist aber nicht der einzige gravierende Mangel.

In vielen Wahlbeschwerden, die auch an mich als Mitglied des Wahlprüfungsausschusses gehen, wird zu recht kritisiert, dass Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Zulassung von Parteien wenig transparent sind. Gegen die Entscheidung des Bundeswahlleiters gibt es keinen Rechtsschutz, d.h. Einspruch kann erst nach der Wahl beim Wahlprüfungsausschuss des Bundestages erhoben werden. Nach dessen Entscheidung besteht dann die Möglichkeit, das Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Der bekannte Parteienrechtler Martin Morlok spricht von einem verfassungswidrigen Zustand. Und es ist ein Armutszeugnis, dass die Koalition auch hier bisher nichts än-

derte. Der unhaltbare Zustand fiel 2009 auch den Wahlbeobachtern der OSZE auf: Es sei „bedenklich, dass die Gesetzgebung für die Zeit vor dem Wahltag keine juristische Überprüfung von Entscheidungen der Wahlorgane vorsieht“, steht im OSZE-Bericht schwarz auf weiß zu lesen.

Die politische Ohrfeige hatte DIE LINKE bereits in einem umfassenden Gesetzentwurf zur Reformierung des Wahlrechts vom Mai 2011 (Drs. 17/5896) aufgegriffen und dort eine Beschwerdemöglichkeit vor dem Bundesverfassungsgericht rechtzeitig vor dem Wahltermin angeregt. Dieser Gesetzentwurf wurde allerdings Ende Juni von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Kein Grund für DIE LINKE, hier locker zulasen. Mit einem Gesetzentwurf, der sich ganz der Stärkung des Rechtsschutzes widmet, brachte sie das Thema in dieser Woche erneut in den Bundestag ein. Bei der Plenumsdebatte am Donnerstag stand den anderen Fraktionen das schlechte Gewissen ins Gesicht geschrieben.

Die Union warf der LINKEN vor, angeblich offene Türen einzurennen, denn seit Monaten gebe es intensive Gespräche über das Zulassungsverfahren. Bei denen bleibt DIE LINKE - als einzige Fraktion - allerdings außen vor. Dieter Wiefelspütz (SPD) räumte inzwischen wenigstens ein, es wäre besser gewesen, im Sinne eines breiten Konsens DIE LINKE zu beteiligen. Der Kalte Krieg sei vorbei, sagte er in Richtung Koalitionsfraktionen. Die Probe, wie ernst das gemeint ist, kommt dann spätestens bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der LINKEN.



Fiskalvertrag stoppen, Sozialstaat und Demokratie verteidigen

von Thomas Nord

Die Liste der Mitgliedsstaaten der EU, die durch die Folgen der Euro-Krise einen Regierungsbruch erleben, wird immer länger. Nach Irland, Portugal, Spanien, Griechenland, wo am 15.04.2012 vorgezogene Parlamentswahlen durchgeführt werden, Italien und Tschechien hat in dieser Woche der Rumäne Emil Boc das Handtuch geworfen und Neuwahlen angekündigt. Gerade starren wieder alle auf die Verhandlungen in Griechenland, derweil scheint mit Portugal der nächste Kandidat für einen Schuldenschnitt schon ausgemacht. In all diesen politisch unruhigen Gewässern wurde am 30.01. der seit einigen Monaten verhandelte Fiskalvertrag von 25 Mitgliedsstaaten der EU verabschiedet, der außerhalb des geltenden EU-Rechts steht. Großbritannien ist wie angekündigt nicht dabei und überraschend auch Tschechien, die zuerst Zustimmung signalisiert hatten.

Parallel wurde auf dem Januar-Gipfel nicht nur Schuldenbremsen in den Staatshaushalten, sondern auch der sogenannte permanente Rettungsschirm für Banken (ESM) verabschiedet. Er soll am 01.07. starten und eine Summe von 500 Milliarden € bereit halten, wobei über eine Erhöhung auf 1 Billionen spekuliert wird. Der ESM ist verfassungswidrig und inakzeptabel, da ihn weder nationalstaatliche noch das Europäische Parlament kontrollieren können. Mit dem Fiskalvertrag verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, eine Schuldenbremse nach dem Vorbild der Bundesrepublik einzuführen, die Neuverschuldung darf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Darüber hinaus müssen Staaten, deren Schuldenquote über 60 % des Bruttoinlandsprodukts liegt, ihre Verschuldung pro Jahr um ein Zwanzigstel verringern. Wer gegen diese Regeln verstößt, soll automatisch bestraft werden. So darf der Europäische Gerichtshof in Zukunft Geldstrafen (bis zu 0,1% Prozent des BIP) gegen Mit-

gliedstaaten verhängen, die sich nicht an die vereinbarten Quoten halten.

Mit der Zustimmung zu dem Vertrag würde der Bundestag sein demokratisch legitimes Haushaltsrecht aushebeln, stattdessen würden die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof über den Bundeshaushalt entscheiden. Auch diese Regelung muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht beklagt werden. Es entspricht der neoliberalen Logik, dass in diesem Abkommen die Einnahmeseite der Haushalte völlig ausgeblendet wird. Die privaten Investoren und Banken haben gar kein Interesse an schuldenfreien Staatshaushalten, allein in Deutschland ist das Vermögen der Millionäre auf über 2,2 Billionen Euro angewachsen und damit höher als die gesamte deutsche Staatsverschuldung. Sie sind Teil der sogenannten Investoren, die selbstverständlich auf Erhalt und Ausbau ihres Vermögens Wert legen, verzinste Staatsschulden galten bislang in Europa als sichere Gewinne. Der europäische Schuldenberg ist Bestandteil dieser Gewinnmaschine, die jetzige Krise ist auch dadurch entstanden, dass Regierungspolitik seit Jahrzehnten diese Vermögen ermöglicht. Sie sind die andere Seite der Schuldenstände, mit denen Staaten ihre Aufgaben und Ausgaben „zu Lasten der Zukunft künftiger Generationen“ finanziert haben.

Der Vertrag soll nach bisherigem Zeitplan im März unterschrieben werden. Danach muss er noch in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden, spätestens Anfang 2013 soll er in Kraft treten. Dem geht der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl am 22.04. und der Parlamentswahl im Juni. Vorher und möglicher Weise ein Referendum in Irland.

Deshalb unterstützt die Kanzlerin in diesen Tagen den Präsidenten Sarkozy, der Kandidat der Sozialisten, Hollande hat bereits seinen Widerstand gegen dieses Projekt angekündigt. Denn der alleinige Blick auf das Sparen, macht blind für die Folgen in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten. Die Sparpakete entpuppen sich als Würgegriff der EU und dies wird die Zustimmung zu den Regierungen und den Institutionen der EU nicht vergrößern (siehe ersten Absatz). Um den verabredeten Fiskalvertrag zu erfüllen, müssten allein die Staaten der Eurozone in den nächsten fünf Jahren ca. 1,5 Billionen Euro einsparen. Für Deutschland würde diese Verpflichtung zum Schuldenabbau eine Kürzung von 30 Mrd. Euro in einem Jahr bedeuten. Dies entspricht knapp einem Drittel aller öffentlichen Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland. Die Einsparungen werden, da muss man kein Hellseher sein, im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen, im öffentlichen Dienst und durch Privatisierungen vorgenommen. Dabei wurden in vielen Euroländern die Löhne, Renten und Sozialleistungen in den vergangenen Jahren „zur Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit“ bereits deutlich zusammengestrichen, zum Beispiel mit den Hartz-Gesetzen der Rot-Grünen Regierung.

Wettbewerbsfähigkeit herstellen heißt nichts anderes, als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Mitgliedsstaaten der Eurozone und der EU gegeneinander mit dem Argument des Standortvorteils für InvestorInnen gegeneinander auszuspielen. Diese Politik ist nicht nur zutiefst unsolidarisch und unsozial, sie ist auch ökonomisch unsinnig, da sie eine wirtschaftliche Depression nach sich zieht. Das Beispiel Griechenland zeigt, die Kürzungen führen nicht zum Schuldenabbau, sie führen zu höherer Arbeitslosigkeit und höhe-

ren Schulden, für die wiederum die gesamte Eurozone in Haftung steht. Für einen erfolgreichen Widerstand muss die Linke in Europa europäischer werden. Wir brauchen gemeinsame Positionen, mehr Europa und mehr Demokratie, nicht weniger, nationalstaatlich begrenztes politisches Handeln bringt heute keinen Erfolg mehr. DIE LINKE im Bundestag fordert, die Staaten der Eurozone aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne und Ratingagenturen zu befreien. Wir fordern eine europäische Bank für öffentliche Anleihen, bei der sich Staaten zu den gleichen Zinssätzen Geld leihen können wie die Banken.

Wir halten die Handelsbilanzungleichgewichte innerhalb der Eurozone für die eigentliche Ursache der Krise, denn das Einnahmehinus auf der einen Seite ist das Einnahmehinus auf der anderen Seite. Wenn die Eurozone als Ganzes erhalten werden soll, bleibt nicht anderes, als diese Bilanzungleichgewichte auszugleichen. Dafür gibt es mehrere Wege. Die Bilanzen können innerhalb der Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden. Das hieße, die Niedriglohnpolitik in der Bundesrepublik aufzugeben und die Binnennachfrage zu stärken. Einen Mindestlohn von 10 € einzuführen und die Hartz-IV Regelsätze massiv zu erhöhen. Der andere Weg liegt im Ausgleich der Bilanzungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten der Eurozone. Dies könnte ein Solidarpakt ähnlich dem Bund-Länder Ausgleich sein oder ein europäisches Zukunftsprogramm ähnlich dem Marshall-Plan für das zerstörte Europa nach dem II. Weltkrieg. Mit der jetzigen Politik der Demütigung, der Geißelung und der Spardiktate von einzelnen „Defizitsündern“ wird die EU langfristig zerstört und die alten, überwunden geglaubten nationalstaatlichen Ressentiments –wie derzeit schon in Britannien, Griechenland und Italien sichtbar- wieder zum Leben erweckt.

Ausschussmehrheit macht Weg zur Verfolgung von Anti-Nazi-Engagement frei

09.02.2012 – DAGMAR ENKELMANN, CAREN LAY, MICHAEL LEUTERT

„Mit seiner heutigen Entscheidung, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Caren Lay und Michael Leutert der Strafverfolgung durch die sächsische Justiz preiszugeben, hat der Immunitätsausschuss die ihm vom Bundestag anvertraute Verantwortung dafür, einen wirksamen Schutz von Abgeordneten vor ungerechtfertigter politischer Verfolgung zu gewährleisten, gründlich verfehlt“, erklärt die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, zur mehrheitlichen Ablehnung des Ausschusses, die Immunität der beiden Abgeordneten wieder herzustellen. Enkelmann weiter:

„Den beiden Abgeordneten wurde dabei sogar die ausdrücklich vorge-sehene Möglichkeit verweigert, im

Immunitätsausschuss zu den Umständen und Hintergründen ihrer strafrechtlichen Verfolgung wegen der Teilnahme an einer friedlichen Blockade zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Dresden Stellung zu nehmen. Damit ist der Weg für die Dresdener Staatsanwaltschaft frei, an den beiden Bundestagsabgeordneten ein juristisches Exempel gegen praktizierte Zivilcourage im Kampf gegen Rechtsextremismus zu statuieren.“

Caren Lay erklärt: „Ich bin empört, dass der Immunitätsausschuss meine Immunität als Abgeordnete aufgehoben hat. Vor dem Hintergrund der rassistischen Mordserie durch Nazi-Terroristen haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestags gemeinsam erklärt: ‚Rechtsex-

tremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.‘ Diese Erklärung darf keine Sonntagsrede bleiben. Zivilcourage gegen Nazis ist notwendig und darf nicht bestraft werden.“

Michael Leutert erklärt: „Die Entscheidung des Immunitätsausschusses sendet ein verheerendes politisches Signal an alle, die sich gegen Nazis engagieren. Ich werde mich davon nicht einschüchtern lassen und auch dieses Jahr in Dresden dabei sein. Wenn der Verfassungsschutz versagt, die Staatsanwaltschaft Antifaschisten verfolgt und die herrschende Politik dies noch unterstützt, wird der gesellschaftliche Kampf gegen Rechts umso wichtiger.“



Foto: Robin Bäcker, pixelio.de

Bundestag einstimmig gegen Biopatente

09.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Bundestag hat sich heute deutlich gegen Biopatente ausgesprochen. Die Linksfraktion hat den interfraktionellen Antrag mit erarbeitet und ihm auch zugestimmt, obwohl die CDU/CSU verhindert hat, dass DIE LINKE auch als Antragstellerin aufgeführt wird.

Uns ist ein einstimmiges Zeichen des Bundestages gegen Biopatente wichtiger als parteipolitische Revanche,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Abstimmung des Bundestages über die Einschränkung von Biopatenten.

Tackmann weiter:

„Der Bundestag gibt den anderen Mitgliedstaaten ein deutliches Signal: Wir wollen keine Patente auf landwirtschaftliche Nutzpflanzen

und Tiere! Lasst uns die rechtlichen Grundlagen dafür ändern! Wir sollten den heutigen Beschluss den Parlamenten der anderen Mitgliedstaaten, sowie dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission als unsere einstimmige Positionierung zur Berücksichtigung in der weiteren Debatte übergeben. Diesem ersten wichtigen Schritt

müssen dann auf EU-Ebene weitere folgen. Dabei wird sich auch die LINKE weiter engagieren: Gegen Biopatente!

Um zu dokumentieren, wie weit unsere Kompromissbereitschaft ging, stellen wir heute auch einen eigenen Biopatente-Antrag zur Sofortabstimmung. Im Antrag „Keine Patente auf Leben“ machen wir unsere grundsätzliche Ablehnung von Biopatenten deutlich. Und zwar

nicht nur bei landwirtschaftlichen Nutztieren oder -pflanzen und nicht nur bei konventioneller Züchtung, sondern auf alle Tiere, Pflanzen, Gene, Produkte, etc. und selbstverständlich auch bei der Agrotechnik. Gerade die Gentechnikerne nutzen regelmäßig das Patentrecht um ihre Gewinne zu sichern.

DIE LINKE im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites Verbot der Patentierung von Menschen, Pflanzen, Tieren und anderen Lebewesen sowie deren Nachkommen, Produkte, Organe, Gene, Gensequenzen einzusetzen.“

Den Biopatente-Antrag der Linksfraktion finden Sie : [HIER](#)



Foto: Carsten Krüger, pixelio.de

Betreuungsgeld ist eine einzige Farce

08.02.2012 – DIANA GOLZE



„Die von der Bundesregierung geplante Einführung des Betreuungsgeldes wird mehr und mehr zur Farce.“

Nicht nur, dass sich die Koalition mit stetiger Regelmäßigkeit um die Ausgestaltung des Betreuungsgeldes öffentlich streitet. Jetzt ist es

auch noch amtlich, dass die Bundesregierung nicht weiß, wo die zwei Milliarden Euro für das Betreuungsgeld herkommen sollen“, kommentiert Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Spekulationen um die Finanzierung des Betreuungsgeldes zu Lasten des Elterngeldes. Golze weiter:

„Stattdessen wird öffentlich spekuliert und eifrig dementiert, dass es die Überlegung innerhalb der Bundesregierung gäbe, das Elterngeld zur Finanzierung des umstrittenen Betreuungsgeldes drastisch zu kürzen.“

Das Betreuungsgeld kostet viel Geld und das scheint der Koalition

on bislang noch nicht aufgefallen zu sein. Viel Geld, das an anderen Stellen viel sinnvoller eingesetzt werden könnte, beispielsweise zum Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Stattdessen prüft die Bundesregierung, das Betreuungsgeld aus dem Haushalt des Familienministeriums zu finanzieren. Dies würde zu einer kompletten Prioritätenverschiebung in der Familienpolitik führen.

Es gibt viele gute Gründe das Betreuungsgeld abzulehnen. Jetzt, wo sicher ist, dass die Bundesregierung nicht mal die elementare Frage der Finanzierung zu beantworten vermag, kann es nur eine Antwort geben: Stoppt diesen Irrsinn.“

Kinderarmut gibt es auch jenseits von Hartz IV

01.02.2012 – DIANA GOLZE

„Das Ausmaß der Kinderarmut in Deutschland lässt sich nicht allein an der Zahl der Kinder im Hartz IV-Bezug festmachen“, erklärt Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ der Fraktion DIE LINKE, zu einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zu diesem Thema. „Wer ignoriert, dass Armut auch jenseits der Grundsicherung vorkommt, verzerrt die gesellschaftlichen Realitäten.“ Golze weiter:

„Nicht wenige Eltern mit geringem Einkommen beantragen lieber den wesentlich geringeren Kinderzuschlag, als sich dem repressiven Hartz IV-System anzuliefern. Wer

den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhebt, muss diese Tatsache zur Kenntnis nehmen und sollte sich vor voreiligen Schlüssen aus einseitigen Statistiken hüten.“

Gleiches gilt für die Bekämpfung der sich verfestigenden Kinderarmut. Es reicht nicht, an ein paar Stellschrauben des Hartz IV-Systems zu drehen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Wir brauchen endlich eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, wie sich Kinderarmut vermeiden lässt, bevor sie entsteht.“



Foto: Michael Neupert, pixelio.de

Immunitätsausschuss muss Abgeordnete des Deutschen Bundestages schützen

08.02.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Der Deutsche Bundestag darf die Immunität der Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert nicht aufheben, weil es kein Strafgesetz gibt, das sie verletzt haben könnten“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D., zu der morgen anstehenden Entscheidung des Geschäftsordnungsausschusses. Neskovic weiter:

„Die Staatsanwaltschaft Dresden geht rechtsirrig davon aus, dass die Abgeordneten sich wegen der Beteiligung an einer Blockade gegen einen Naziaufmarsch nach §

21 Versammlungsgesetz strafbar gemacht hätten. Sie lässt dabei jedoch unberücksichtigt, dass nach einem Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes das Sächsische Versammlungsgesetz von Anfang an nicht existent gewesen ist und daher nicht mehr Grundlage strafrechtlicher Ermittlungen sein kann. Auch das Versammlungsgesetz des Bundes kann nicht angewandt werden, weil dies gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze der Bestimmtheit und des Rückwirkungsverbotest verstoßen würde.“

Dies hat ein Gutachten des Wis-

senschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages festgestellt.

Nach den Grundsätzen des Deutschen Bundestages in Immunitätsangelegenheiten hat der Abgeordnete einen ‚Anspruch auf eine von sachfremden, willkürlichen Motiven freie Entscheidung‘. Willkürlich wäre es aber, wenn die Mehrheit im Bundestag die Immunität der betreffenden Abgeordneten aufhebt, obwohl es nach Auffassung des eigenen Wissenschaftlichen Dienstes überhaupt kein Strafgesetz gibt, das den angenommenen Sachverhalt unter Strafe stellt.“

Besser spät als nie

08.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Bundesregierung folgt dem Beispiel der LINKEN und lobt Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus aus

„Ich begrüße, dass die Bundesregierung unserem Beispiel folgt und nun auch einen Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus auslobt“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den ‚Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus‘, den das Bundesministerium für Justiz in Reaktion auf die rechtsterroristische Mordserie der ‚NSU-Zelle‘ ausgeschrieben hat. Beteiligen können sich Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, einzeln oder als Gruppe/Schulklasse. Ausgezeichnet werden die besten Ideen, Konzepte und Aktionen gegen Rechtsextremismus. Einsendeschluss ist der 30. April 2012.“

Tackmann weiter:

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eines meiner zentralen Anliegen und deshalb unterstütze ich alle Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.“

Bereits seit 2006 unterstütze ich den Wettbewerb der Bundestagsfraktion DIE LINKE ‚Zivilcourage vereint‘, der bundesweit Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren motiviert, sich mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Im Jahr 2011 beschränkte sich der Wettbewerb auf das Bundesland Brandenburg. Drei Projekte werden prämiert. So konnte ich den Zivilcourage-Preis 2011 in der vergangenen Woche an Brieselanger Jugendliche übergeben, die eine Broschüre über Aussteiger aus der

Nazi-Szene erstellen wollen. Einsendeschluss für den diesjährigen Zivilcourage-Wettbewerb ist der 8. Juni 2012, siehe auch: [HIER](#)

Weitere Informationen zum ‚Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus‘ der Bundesregierung finden Sie: [HIER](#)

Zivilcourage



Anhörung im Bundestags-Agrarausschuss: Waldstrategie lässt Lösungsansätze vermissen

08.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die heutige Anhörung hat klar gezeigt, dass die hohen Erwartungen an die Waldstrategie der Bundesregierung nicht erfüllt wurden. Statt die Probleme zu benennen und konkrete Lösungen anzubieten, weicht Ministerin Aigner wieder einmal aus,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige Anhörung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur „Waldstrategie 2020“ der Bundesregierung.

Tackmann weiter:

„Die Bedeutung der Forstleute für die Umsetzung einer nachhaltigen Waldpolitik bleibt völlig ausgeblendet. Wie qualifiziertes Forstpersonal in Zukunft gesichert werden kann, wenn kein Mindestlohn in der Forstwirtschaft eingeführt wird und wie Arbeitsplätze im Wald erhalten

bleiben, wird in der Waldstrategie nicht beantwortet. Der Bund Deutscher Forstleute kritisierte, dass die soziale Komponente in diesem Waldstreit geopfert wird.

Die Linksfraktion wird eine solche Fehlentwicklung nicht hinnehmen und fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den LandesagrarministerInnen Vorschläge zur Beschäftigungssicherung im Forst vorzulegen. Wer eine nachhaltige Waldpolitik umsetzen will, braucht motivierte, gut qualifizierte und fair bezahlte Forstleute in bedarfsge-rechter Zahl.

Auch wenn die Strategie weniger holzlastig ist, als die durchgesickerten Entwürfe, bleibt sie ein Papier zur Rohstoffsicherung der Sä-gewerke und Holzkraftwerke. In der

Strategie finden sich nur wenige konkrete Aussagen über die Feststellung hinaus, dass die prognostizierte Holznachfrage im Jahr 2030 130 Millionen Kubikmeter beträgt. Gleichzeitig wird eine Holzlücke von 30 Millionen Kubikmeter beklagt, die auch bei Steigerung des Holzeinschlags auf 100 Millionen Kubikmeter verbleibt.

Statt klare Vorgaben zum sparsamen Umgang mit dem Rohstoff Holz und Vorschläge zur Beschäftigungssicherung im Wald vorzulegen polemisieren Teile der Bundesregierung gegen Naturschutzflächen im Wald. Diese sind aber wichtige Beiträge der Wälder zum Arten- oder Klimaschutz und deshalb volkswirtschaftlich gesehen keine Stilllegung.“

zuschreiben. Sie verweist auf angeblich einseitige Belastungen der Gentech-Anbauer und die Notwendigkeit eines angemessenen Interessensausgleichs. Die Interessen der Imkerei sind ihr anscheinend weniger wichtig, als die von Monsanto, BASF und Syngenta!

Wann endlich Gesetze geändert und Verordnungen angepasst werden, bleibt unbeantwortet. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Brüssel, wartet auf europäische Einigungen am Sankt-Nimmerleins-Tag oder verweist auf interne Debatten.

Imkerei vor der Gentechnik schützen

03.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Bundesregierung lässt Imkerinnen und Imker weiter im Regen stehen. Sie weicht konkreten Fragen aus, dabei ist gesetzgeberischer Schutz dringend notwendig. Ministerin Aigner muss endlich das Gentechnikgesetz verschärfen um die Gentechnikfreiheit zu erhalten,“ fordert Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, angesichts der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Schutz der Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen“ (Bundestagsdrucksache 17/8333)

Tackmann weiter:

„Die Linksfraktion fordert klare Anbauregeln zum Schutz der Imkerei vor Gentech-Verunreinigungen und die Erweiterung des Standortregisters. Wir unterstützen die Forderung der Imker- und Umweltverbände nach Sicherheitsabständen zu Bienenstöcken von mindestens zehn Kilometern.

Die Bundesregierung bestätigt zwar, dass Bienen sieben bis zehn Kilometer fliegen können, weigert sich jedoch solche Abstände zu Gentech-Äckern gesetzlich vor-

Mein Fazit aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage: Viele Worte, wenig Inhalt und ein Bekenntnis: Die angeblich gentechnikskeptische Bundesministerin Aigner aus Bayern hat in den vergangenen beiden Jahren in Brüssel sage und schreibe siebzehn Gentech-Pflanzen-Zulassungen befürwortet!“



Foto: Helmut Brunken, pixelio.de

Schmallenberg-Virus: Deutschland braucht interdisziplinäres Tierseuchenbekämpfungszentrum

01.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Das Schmallenberg-Virus bereit sich rasant aus. Zunehmend bedrohen neue Tiererkrankungen die Existenz der tierhaltenden Agrarbetriebe. Durch Globalisierung und Klimawandel wird dieser Prozess beschleunigt. Deshalb bekräftige ich meine Forderung nach einem interdisziplinären Zentrum für Tierseuchenbekämpfung,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der Ausbreitung des Schmallenberg-Virus. Über 180 Betriebe in acht Bundesländern sind bereits betroffen.

Mit hoher Dunkelziffer, denn die Erkrankung kann zurzeit nur in Betrieben erkannt werden, bei denen die Ablamm- und Abkalbesaison bereits begonnen hat. Das Virus bewirkt vor allem tote oder missgebildete Nachkommen.

Tackmann weiter:

„Das Tierseuchenbekämpfungszentrum muss die Grundlagen-

forschung zu Infektionserregern und ihre Interaktionen mit dem infizierten Tier dringend ergänzen. Der Grundstein für eine solche Einrichtung ist im Institut für Epidemiologie des FLI im Brandenburger Wusterhausen/Dosse gelegt, muss aber ausgebaut und gestärkt werden. Stattdessen soll es Ende 2013 auf die Insel Riems verlagert werden.

Dieser Umzug birgt das hohe Risiko von Kompetenzverlust in der wissenschaftlichen Stammebelegung, zumal dieser abgelegene Standort ungeeignet ist für diese angewandte Forschungsdisziplin. Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Risikos durch Tiererkrankungen ist das Festhalten an diesen Plänen kontraproduktiv.

Im Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems wird international hoch anerkannte Grundlagenforschung

zur Tiergesundheit betrieben. Aber angesichts neuer Erkrankungsge-schehen und bislang unbekanntem Ursachen und Risiken ist eine ergänzende strategische Einrichtung zur Stärkung der angewandten Tierseuchenforschung dringend notwendig. erinnert sei an das Blutschwitzen der Kälber, die Blau-zungenkrankheit, den sogenannten chronischen Botulismus oder ganz aktuell das Schmallenberg-Virus.

Ein strategischeres Krisenmanagement im Bund hatte auch der Bundesrechnungshof in seinem Gutachten zur Dioxinkrise gefordert. Die Forschung muss in Antworten auf neue Risiken wissenschaftliche Konzepte zur Verhütung und Bekämpfung bedrohlicher Situationen in Nutztierbeständen erarbeiten und damit der Politik eine Entscheidungsgrundlage in die Hand geben.“

Anträge, Anfragen & Initiativen

08.02.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8586](#)

Arbeitslosengeld statt Hartz IV - Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtern

Jeder vierte Arbeitslose fällt direkt in Hartz IV, weil er zu kurz beschäftigt war, um Arbeitslosengeld I zu erhalten oder sein Arbeitslosengeld I zu niedrig ist. DIE LINKE will den Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtern und so ihre Schutzfunktion, insbesondere für kurzzeitig Beschäftigte, stärken. Die Regierung wird aufgefordert die Rahmenfrist zum Erwerb von Ansprüchen auf das ALG I von zwei auf drei Jahre auszuweiten und die Sonderregelung für kurzzeitig Beschäftigte zu verbessern.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8584](#)

Keine Patente auf Leben

Die Linksfraktion lehnt Patente auf Leben ab. Gene können entdeckt und beschrieben, dürfen aber nicht privatisiert werden. Daher sind internationale Abkommen und die europäischen Rechtsgrundlagen so zu ändern, dass Biopatente nicht mehr möglich sind.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8581](#)

Opfer des Brustimplantate-Skandals unterstützen – keine Kostenbeteiligung bei medizinischer Notwendigkeit

Die Krankenkasse zahlt Behandlungen, wenn sie medizinisch notwendig sind. Nicht so bei Frauen, die von einem Hersteller minderwertiger Brustimplantate betrogen wurden. Durch eine Regelung, die Union und SPD in ihrer Gesundheitsreform 2007 eingeführt haben, gilt hier das Schuldprinzip. DIE LINKE fordert, dass alles, was medizinisch notwendig ist, auch bezahlt werden muss.

27.01.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8491](#)

Militärischen Missbrauch von Minderjährigen beenden - ehemalige KindersoldatInnen unterstützen

Der Antrag kritisiert, dass die Bundesregierung ihren vertragsvölkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten nur ungenügend nachkommt. DIE LINKE fordert für ehemalige KindersoldatInnen eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive in Deutschland. Die Bundeswehr soll ausschließlich Volljährige zum Dienst verpflichten dürfen, ebenso wie die militärische Zusammenarbeit mit Staaten, die KindersoldatInnen rekrutieren, zu beenden ist.

27.01.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8481](#)

Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen

Das Ziel einer vernünftigen Politik der Altersvorsorge ist, den einmal erreichten Lebensstandard halten zu können und Armut im Alter zu vermeiden. Die Rentenpolitik der schwarz-gelben Koalition verfehlt beide Ziele. DIE LINKE fordert daher ein besseres Rentensystem. Mit einem stärkeren Solidarausgleich, der Wiederherstellung der Lebensstandardsicherung sowie einer Mindestrente von 900 Euro stellen wir sicher, dass die Rente ihre Aufgaben gut erfüllen kann..

08.02.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 70/8556](#)

Steuer- und gesellschaftspolitische Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber klassischen heterosexuellen Ehen

In der Rechtsprechung mehren sich die offen geäußerten Zweifel, ob die Verweigerung der Zusammenveranlagung in der Einkommensteuer für eingetragene Lebenspartnerschaften verfassungsmäßig ist. Die Bundesregierung glänzt demgegenüber durch Untätigkeit. Für DIE LINKE Anlass genug, um ein weiteres Mal die Bundesregierung zum Thema zu befragen. Dabei steht nicht nur die steuerliche Diskriminierung im Fokus.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8566](#)

Zunehmende Anwendung der automatisierten Kontenabfrage

Am 12. Januar 2012 wurde bekannt, dass Behörden den automatisierten Kontenabruf - welcher ursprünglich zur Bekämpfung von schweren Verbrechen und Terrorismus eingeführt und dessen Anwendung vom Bundesverfassungsgericht auf Ausnahmefälle beschränkt wurde - immer häufiger durchführen. Mittlerweile nutzen die Behörden offenbar standardmäßig die erworbenen Informationen um Rückschlüsse auf die Einkünfte der Betroffenen zu ziehen. Die Linksfraktion fragt kritisch nach Umfang und Details dieser Praxis.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8557](#)

Abschiebungen im Jahr 2011

Mit dieser Kleinen Anfrage erfragt die LINKE jährlich die Daten der deutschen Abschiebemaschinerie. Es geht auch darum, die Profiteure der Abschiebungen kenntlich zu machen - jene Flugunternehmen, die für Abschiebungen in alle Welt Charterflüge verkaufen und dafür zum Teil sogar eigenes Sicherheitspersonal zur Verfügung stellen. Auch die Kosten der Abschiebung werden erfasst. Neu abgefragt werden Details zu Abschiebungen unter der Koordination von FRONTEx.

Anträge, Anfragen & Initiativen

02.02.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8511](#)

Vorschlag des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer zur Versetzung des Marx-Engels-Denkmalensembles in Berlin

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat vorgeschlagen, das Berliner Marx-Engels-Denkmal am Alexanderplatz in die Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde zu versetzen. DIE LINKE fragt nach, ob die Denkmalpläne des Verkehrsministers auf die Gründungsväter des Marxismus beschränkt bleiben und inwieweit diese mit den Regelungen des Einigungsvertrages von 1990, der die kulturelle Substanz beider damals vereinigten deutschen Staaten als schutzwürdig festschreibt, vereinbar sind.

01.02.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8505](#)

Kosten der Lärmsanierung von Bundesfernstraßen und Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes

Während beim Neu- und Ausbau von Straßen und Schienen relativ strenge Grenzwerte zum Lärmschutz gelten, haben AnwohnerInnen an bestehenden Strecken keinen rechtlichen Anspruch auf besseren Lärmschutz. Sie werden mit freiwilligen Lärmsanierungsprogrammen abgespeist, für die schwächere Werte gelten und für die nur wenig Geld bereit steht. Gegen verpflichtende scharfe Grenzwerte auch für Bestandsstrecken werden die hohen Kosten ins Feld geführt. Diese Kosten hinterfragt die Linksfraktion mit dieser Kleinen Anfrage.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8504](#)

Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand viertes Quartal 2011)

Sogenannte Amtshilfemaßnahmen und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr werden von der Bundesregierung immer häufiger zum Mittel genommen, die Bevölkerung an Inlandseinsätze des Militärs zu gewöhnen. Die Informationspolitik der Regierung ist mehr als unbefriedigend, so dass die Linksfraktion quartalsmäßig die durchgeführten und bevorstehenden Einsätze abfragt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8503](#)

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand viertes Quartal 2011)

Polizeieinsätze im Ausland werden ein immer wichtigeres Gebiet der Außen-, aber auch der Militärpolitik. Sie unterliegen jedoch einer viel geringeren parlamentarischen Kontrolle als Bundeswehrein-sätze und führen zumindest teilweise zu einer Vermischung von Polizei- und Militäraufgaben. DIE LINKE fordert einen Parlamentsvorbehalt für solche Einsätze. Die Kleine Anfrage, die einmal im Quartal gestellt wird, soll die wichtigsten Veränderungen in den Polizeieinsätzen aufzeigen.

01.02.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8502](#)

Haltung der Bundesregierung zur Berufsverbotspraxis

Vor 40 Jahren beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz von Bund und Ländern unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den sogenannten „Radikalenerlass“ für den öffentlichen Dienst. Betroffen von Berufsverboten waren fast ausschließlich linksgerichtete Personen. Im Jahr 1995 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, dass der Radikalenerlass gegen Menschenrechte verstoßen habe. Dennoch erfolgte keine Entschädigung der Betroffenen. Die Linksfraktion erfragt die Haltung der heutigen Bundesregierung zu dieser Praxis.

27.01.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8447](#)

Tatsächliche Entlastung der Kommunen bei der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund

Der Vermittlungsausschuss hatte sich Anfang 2011 darauf geeinigt, dass der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise von den Kommunen übernimmt. Das bisher vorgelegte Gesetz regelt nur die erste Stufe der Kostenübernahme durch den Bund (45 % in 2012) außerdem führt der Berechnungsmodus dazu, dass stets eine Lücke verbleibt. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8442](#)

Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf ein Schriftliche Frage zum Ausgangsvorschlag der so genannten Hartz-Kommission zum Regelsatz

Die Schriftliche Frage 93 auf Bundestagsdrucksache 17/8279 zum Besitz eines Dokuments über den Ausgangsvorschlag von 511 Euro Hartz-IV-Regelsatz wurde von der Bundesregierung negativ beantwortet, allerdings mit der Einschränkung der ungenügenden Recherchezeit. Diese soll mit der Kleinen Anfrage eingeräumt werden.

09.02.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8624](#)

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung 17/8600 - Diplomatische Beziehung zu Palästina aufwerten

Den diplomatischen Status zwischen BRD und Palästina aufwerten. Die diplomatischen Missionen sollen in den Rang von Botschaften erhoben werden. Dies ist ein Schritt in Richtung Anerkennung eines palästinensischen Staates und stärkt die palästinensische Verhandlungsposition.

09.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Keine Patente auf Leben



09.02.2012, TOP 26 b) und c), Dr. Kirsten Tackmann MdB, Rede zu Protokollberatung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen, Drucksachen 17/8344, 17/8614<Beratung des Antrags der

Fraktion DIE LINKE. Keine Patente auf Leben> Drucksache 17/8584<

Über eineinhalb Jahre hat eine interfraktionelle Gruppe zum Thema Biopatente gearbeitet. Dabei waren Abgeordnete der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der Grünen und auch ich, als Vertreterin der Linksfraktion. Uns einte ein Ziel: Wir wollten den ausufernden Patenterteilungen auf Pflanzen und Tiere einen wirksamen Riegel vorschieben. Das Ergebnis ist der Antrag mit der Bundestagsdrucksache 17/8344 „Keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und Nutzpflanzen“.

▶ weiterlesen [HIER](#)

27.01.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik sozial, ökologisch und geschlechtergerecht gestalten

TOP 10.e) Antrag „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik ab 2014 sozial und ökologisch ausrichten“, Drs. 17/8378TOP 10.f) Antrag „Agrarförderung geschlechtergerecht gestalten“, Drs. 17/5477

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik sollte eigentlich immer vom Ende gedacht werden. Deswegen hat die Linke bei der Agrarpolitik ein klares Ziel: Wir wollen Agrarbetriebe, die vor Ort verankert sind, die fair bezahlte Arbeitsplätze in den Dörfern schaffen oder erhalten und die mit Natur und Umwelt verantwortungsvoll umgehen. Was wir nicht wollen, ist auch klar: den Griff von Industriellen, Banken oder Energiekonzernen nach unseren Äckern. Ihre ebenso kurzfristigen wie hohen Renditeerwartungen gehen nämlich auf Kosten der Beschäftigten, der Umwelt und auch der Dörfer.

▶ weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 02.03.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de